

Przigoda, Stefan: *Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858-1933*. Bochum: Deutsches Bergbaumuseum Bochum 2002. ISBN: 3-921533-86-4; 456 S.

Rezensiert von: Sabine Rutar, Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung

Die vorliegende unternehmensgeschichtliche Untersuchung zur Entwicklung von Bergbau-Verein und Zechenverband im Ruhrgebiet stellt die überarbeitete Fassung der im Wintersemester 1999/2000 von der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum angenommenen Dissertation von Stefan Przigoda dar. Die detailreiche Studie stellt den Bergbau-Verein, einen der ältesten industriellen Interessenverbände, in den Mittelpunkt und beschreibt aus der Perspektive dieses maßgeblichen Verbandes die unternehmensstrukturelle und -institutionelle Entwicklung des Ruhrbergbaus. Der 1858 gegründete Verband stand am Beginn der weitergehenden Verflechtung montanindustrieller Organisationen, die ihre Interessen gegenüber dem Staat, später dann auch in wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftsorganisatorischer Hinsicht zu organisieren suchten und in der Wirtschafts-, Innen- und Sozialpolitik eine wichtige Rolle spielten.

Den zentralen Quellenbestand für die Studie bilden die Verbands- und Unternehmensbestände des Bergbau-Archivs beim Deutschen Bergbau-Museum in Bochum. Die Recherche war zu einem guten Teil langwierige, bruchstückhafte Sammelarbeit - die Überlieferung gerade der zentralen Instanzen, vor allem der Steuerungsgremien, ist lückenhaft bzw. verlorengegangen. Przigoda liefert ein umfassendes Bild früher industrieller Interessenpolitik „als eines wissenschaftlichen, technisch-organisatorischen und auch sozialpolitischen Impulsgebers“ (so Klaus Tenfelde im Geleitwort). Der zeitliche Bogen spannt sich dabei von den Anfängen interessenpolitischer Einflussnahme im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bis hin zur Rolle des Verbandes während der ersten nationalsozialistischen Jahre.

Methodisch rekurriert Przigoda auf jene Korporatismustheorien, die einer „empirisch-

deskriptiven Analyse von Steuerungsmechanismen in modernen Industriegesellschaften“ (S. 14) dienlich sind, wobei er Wert auf den Hinweis legt, solche Theoriemodelle seien nicht korsettartig zu verstehen, sondern dem Zweck und Kontext flexibel anzupassen, um dem Forschungsgegenstand nicht durch allzu rigide Untersuchungskategorien a priori die innewohnenden Möglichkeiten zu nehmen.

Korporativistische Strukturen seien nicht zuletzt für autoritäre Staatsformen kennzeichnend, und Przigoda stellt im ersten Teil der Arbeit die Frage nach Ursachen und Anlässen für die Gründung von Interessenvereinigungen und spezifisch des Bergbau-Vereins in den Mittelpunkt, nach den Wandlungen seines Funktions- und Aufgabenprofils, den internen Machtverhältnissen, Handlungs- und Entscheidungsstrukturen, der organisatorischen Gliederung sowie der Expansion der Verbandsbürokratie. Insbesondere konzentriert er sich auch auf die Darstellung der soziostrukturellen Entwicklung in den Leitungsgremien, aus sowohl kollektiv- als auch individualbiografischer Perspektive. Diese Identifikation von Form, Art und Ausmaß korporatistischer Strukturen konzentriert sich weniger auf gesamtstaatliche, als vielmehr auf regional oder thematisch begrenzte Handlungsfelder und begreift überzeugend die Verbandsbildung und -entwicklung als Ausdruck politischer, ökonomischer und sozialer Machtkonstellationen und Vermachtungsstrategien im Beziehungsgefüge von Staat, Wirtschaft und Arbeiterschaft.

Auf die detaillierte Darstellung von Entstehung und Entwicklung des bergbaulichen Verbandsystems im Ruhrgebiet von der Gründungsphase seit 1858 über die folgende Expansion, Zentralisierung und funktionale Differenzierung seit den 1880er Jahren bis 1914 folgt die Betrachtung der Kriegsjahre, die durch fundamentale Verschiebungen im Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Arbeiterschaft gekennzeichnet war. Im Vordergrund standen die forcierte Zentralisierung, der Aufgabenzuwachs und -wandel, die verstärkte Einbeziehung der Industrieverbände in den staatlichen Handlungs- und Entscheidungskontext sowie der kriegswirtschaftlich bedingte Funktionswandel. Die-

se binnenstrukturellen Veränderungen zogen eine Machtzentralisierung in der Verbandsführung im Krieg und der anschließenden Inflationsphase nach sich, gefolgt von Reorganisations- und Konsolidierungsbestrebungen, etwa seit 1924. Die nachfolgende Entwicklung bis in das Jahr 1933 streift Przigoda wegen der schon ausführlicher vorhandenen anderweitigen Forschungen knapper und auf ausgewählte Themenbereiche konzentriert, so auf die Entwicklung des Bergbau-Vereins hin zum zentralen Koordinations- und Definitionsorgan im bergtechnischen und -wirtschaftlichen sowie technisch-wissenschaftlichen Sektor. Abschließend beleuchtet er die Haltung des Bergbau-Vereins als Institution, insbesondere aber die einiger der exponiertesten Vertreter im Zuge der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Przigoda betreibt Unternehmens- bzw. Verbandsgeschichte im engeren Sinn – seine Untersuchung ist klar gegliedert, stringent in der Form und streng vom Standpunkt der im Bergbau-Verein organisierten Unternehmer und Konzerne aus verfasst, der der Arbeit einen verlässlichen roten Faden gibt. Die Tatsache, dass die Lektüre streckenweise etwas mühsam und trocken gerät, hängt mit dem leicht schwerfälligen Stil, einer teilweisen Redundanz inhaltlicher Wiederholungen und nicht zuletzt mit der Wahl eines institutionell gelagerten Ansatzes zusammen, welcher die Akteure hinter den Strukturen etwas zu sehr verschwinden lässt. Die eher deskriptive und additive (statt integrative) Aufreihung von Biografien einzelner maßgeblicher Verbandsfunktionäre verstärkt diesen Eindruck eher, als dass sie ihn bricht. Interessant ist hier allerdings der Befund einer ausgeprägten personellen Kontinuität in den ersten zwei bis drei Jahrzehnten, die sich nach dem Generationswechsel wiederholte – auch zwischen 1913 und 1932 zeigte sich eine große Kontinuität in den Führungsgremien des Verbandes.

Im Ergebnis schließt die Arbeit eine wichtige Forschungslücke, insbesondere für die Zeit des Kaiserreiches. Anfänglich strebte der Verband eine Regulierung der Marktmechanismen bei möglichst geringer Einschränkung unternehmerischer Freiheiten an. Er verfolgte

dieses Ziel einerseits durch die Errichtung formeller wie informeller Kommunikations- und Regulierungsmechanismen, sprich wachsender Möglichkeiten der Einflussnahme zwischen den einzelnen Bergbauunternehmen sowie zwischen Konzernen und Staat. Ein Schwerpunkt in der Errichtung einer solchen Kommunikationsinfrastruktur war die Schaffung des Verbandsorgans Glückauf, das seit 1865 als wöchentliche Beilage der Essener Zeitung, seit 1883 dann eigenständig erschien. Bis zur Jahrhundertwende gelang der Ausbau des Blattes zur überregionalen bergbaulichen Fachzeitschrift. Die Analyse der Kartellierungs- und Konzentrations-tendenzen mit Blick auf die unterschiedlichen Konzepte und Strategien für eine institutionelle Verankerung marktregulierender Mechanismen ergab grob drei Kartellformen: informelle Preiskartelle, Kontingierungskartelle, d. h. die künstliche Verknappung des Wirtschaftsgutes zwecks Erhöhung des Marktwertes, sowie Bestrebungen einer zentralen Steuerung von Absatz und Produktion.

In den Beziehungen zur Belegschaft fungierte der erste große Bergarbeiterstreik im Mai 1889 als Kristallisierungsmoment, in dessen Folge der Verein sich auf eine harte Haltung gegenüber der Arbeiterschaft einschwor und so zum Sinnbild des Klassengegners wurde. Das Verhältnis des Bergbau-Vereins zu den Belegschaften wird leider nur sporadisch angesprochen, ohne die Analyse umfassend zu gestalten – ein interessanter Aspekt der Verbandsgeschichte bleibt so außen vor.

Waren die ersten Jahrzehnte der Existenz des Bergbau-Vereins primär von wirtschafts- und zunehmend auch sozialpolitischen Zielen gekennzeichnet, wandte man sich nach der Jahrhundertwende forciert auch technisch-wissenschaftlichen Aktivitäten zu, deren Beginn Przigoda mit der Gründung des Dampfkessel-Überwachungs-Vereins im Jahre 1900 ansetzt. Gleichwohl ist auch hier gerade die sozialpolitische Implikation interessant: Mitte der 1880er Jahre zog sich der Staat aus der Dampfkesselüberwachung zurück und übertrug einen Teil der Aufgaben auf die Privatvereine. Dieser Ausbau der industriellen Selbstverwaltung lehnte sich an die Organisation der Unfallversicherung in Form der Berufsgenossenschaften an; seit

1900 zog der Staat sich vollends aus diesem Bereich zurück und überließ die Organisation der Arbeitssicherheit den Unternehmen und ihren Organisationen bzw. auch der Arbeiterschaft.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs brachte zunächst eine Verschiebung der Kräftekonstellation – der politische „Burgfrieden“, der SPD und Gewerkschaften zu einem Teil der nationalen Kriegseuphorie werden ließ, setzte die Bergbauindustriellen in ihrer kategorischen Ablehnung der Gewerkschaften unter Zugzwang. Die neue Kooperations- und Konzessionstendenz der Regierung gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung resultierte nicht nur aus dem Patriotismus der SPD, sondern auch aus der Einsicht heraus, dass der Krieg nur mit der Arbeiterschaft und nicht gegen sie geführt werden konnte. Während des Krieges standen dann arbeitspolitische Fragen im Vordergrund, insbesondere Arbeitskraftverschiebungen, die den Einsatz von Jugendlichen, Frauen, Invaliden, Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern einschlossen. Die Lage wurde schnell prekär: Hatte man zu Beginn noch bevorzugt ausgebildete Bergleute aus den Kriegsgefangenenlagern rekrutiert, nahm man bald jeden, der körperlich tauglich für die Bergarbeit schien. Schon seit Frühjahr 1915 wurden zudem zivile Arbeiter, zum größten Teil aus dem polnischen Teil Russlands und aus Belgien, zur Arbeit herangezogen.

Das veränderte Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft – und nicht zuletzt auch dem Staat – war mitverantwortlich dafür, dass die Arbeiterbewegung im Zuge des Streiks im November 1918 lang geforderte Maßnahmen durchsetzen konnte, wie die Einführung der Achtstundenschicht und von Mehrarbeitszuschlägen sowie eine paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises des Zechenverbandes. Doch konzentrierten die Unternehmer sich im Nachkriegsalltag schnell wieder auf eine Konsolidierung des Machtverhältnisses. Die Nachkriegsjahre bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung waren von einem fortschreitenden Konzentrationsprozess, einem Rückgang der Zechen und entsprechend der Belegschaft gekennzeichnet. 1924 repräsentierten die zehn größten Unternehmen nahezu die Hälfte al-

ler Schachtanlagen im Ruhrgebiet und knapp zwei Drittel der Gesamtbelegschaft; 1928 beschäftigten sie sieben von zehn Ruhrbergleuten und kontrollierten knapp 70% aller Zechen. Dieser Prozess wurde 1926 durch die Gründung der Vereinigten Stahlwerke, der der Thyssen-Konzern als Initiator, die Phoenix AG, die Rheinischen Stahlwerke und die Rheinelbe-Union angehörten, noch forciert; fortan bildete der neue Großkonzern den entscheidenden Machtfaktor der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Insgesamt hatte der Krieg die Modernisierung des Ruhrbergbaus eher verzögert, wenn nicht zumindest zeitweilig verhindert.

Przigoda schließt seine Untersuchung mit einer Darstellung des Verhältnisses von Vertretern des Bergbau-Vereins zum Nationalsozialismus. Generell seien die Bergbauindustriellen politisch eher am rechten Rand zu verorten gewesen, insofern sie anti-demokratische und autoritäre Positionen einnahmen. Standen sie dennoch zum größeren Teil Hitler skeptisch gegenüber – mit Ausnahme einzelner, auch prominenter Sympathisanten, allen voran Fritz Thyssen –, lag ihre gesellschaftliche Verantwortung in der Unterminierung der Weimarer Verfassung sowie nach der Machtergreifung in der zunehmenden Akzeptanz – wenn nicht Unterstützung - der Nationalsozialisten.

Przigodas Studie stellt eines der ersten Ergebnisse der strukturellen Veränderungen in der Bochumer Forschungslandschaft der letzten Jahre dar. Aus den umfassenden Literaturbeständen des ehemaligen Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, der ehemaligen Bergbau-Bücherei, Essen, sowie der vollständigen Überlieferung der ehemaligen Industriegewerkschaft Bergbau und Energie haben sich seit 1999 das Haus der Geschichte des Ruhrgebiets und das Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität zu einem Zentrum der deutschen bergbaugeschichtlichen Forschung entwickelt, dem das umfangreiche Bergbau-Archiv des Deutschen Bergbaumuseums nebengeordnet ist, aus dem die vorliegende Arbeit in der Hauptsache geschöpft hat. Przigoda hat einen fundierten Einblick in frühe interessenpolitische Verbandsstrukturen und somit einen Ausgangspunkt für künftige Studien im Bereich

der Montan- und Ruhrgebietsforschung vorgelegt.

HistLit 2003-1-080 / Sabine Rutar über Prizogoda, Stefan: *Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858-1933*. Bochum 2002. In: H-Soz-u-Kult 11.02.2003.